

Beschlussauszug

Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 120 vom 05.11.2025

Anlass: Sitzung
Zeit: 19:00 - 20:04
Raum, Ort: Aula der Technikakademie, Kastanienallee 71, 38102 Braunschweig

Ö 4 **Vorstellung der Ergebnisse der Initiative
"Sommerstraßen für das Östliche Ringgebiet"**

Beschlussart:

Frau Krause begrüßt die Initiative „Sommerstraßen fürs Östliche“ und bedankt sich für die erfolgreiche Durchführung an drei Tagen im August. Die Initiative stellt die Ergebnisse anhand einer Präsentation vor (als Anlage beigefügt).

Herr Gössner erläutert, dass die Sommerstraße als Versuch gedacht war, den Straßenraum von der Autonutzung hin zu einem Aufenthalts- und Begegnungsraum zu entwickeln. Trotz anfänglicher Skepsis vieler Anwohnender habe es später viele positive Rückmeldungen und eine hohe Beteiligung gegeben, insbesondere von Kindern. Der tägliche Auf- und Abbau der Infrastruktur sei jedoch sehr aufwändig gewesen.

Frau Zilian berichtet, dass in einer anschließenden Feedbackrunde die entspannte Atmosphäre, die vielfältigen Angebote und das Kennenlernen der Nachbarschaft besonders gelobt wurden. Kritische Hinweise bezogen sich vor allem auf fehlende Sitzgelegenheiten, die kurze Dauer des Projekts und den großen organisatorischen Aufwand, der durch die Einordnung als Versammlung entstanden sei.

Herr Zilian stellt mögliche Perspektiven für eine Fortsetzung vor. Dazu zählt sowohl eine erneute Durchführung am gleichen oder einem anderen Ort als auch die Erprobung einer temporären Spielstraße, zum Beispiel in der Heinrichstraße in der Nähe einer Kita.

Frau Krause informiert über ein Gespräch mit der Verwaltung, aus dem hervorgegangen sei, dass diese aufgrund begrenzter, insbesondere personeller, Kapazitäten derzeit keinen Verkehrsversuch umsetzen könne. Zudem bestehe die Sorge, dass weitere Stadtbezirksräte ähnliche Projekte fordern könnten.

Herr Buchholz berichtet, dass die Verwaltung außerdem klargestellt habe, nicht für die Bespielung des Straßenraums verantwortlich sein zu wollen. Er betont, dass es jedoch gerade nicht um eine permanente Bespielung gehe, sondern um die Öffnung des Raums für die Bewohnerinnen und Bewohner. Um die widmungsrechtlichen Hürden zu überwinden, regt er an, die Einrichtung einer temporären Fußgängerzone auf Ratsebene zu prüfen.

Herr Bader erklärt, dass die Verwaltung Sicherheitsbedenken geäußert habe. Genannt worden seien Risiken wie Vandalismus sowie die Sicherstellung der nächtlichen Zufahrt für

Rettungsfahrzeuge. Er zeigt sich zuversichtlich, dass zumindest Erleichterungen bei der Organisation der Absperrungen möglich sein könnten, um den Aufwand künftig zu reduzieren.

Herr Schramm lobt die Initiative und die positive Resonanz im Stadtteil. Gleichzeitig äußert er Kritik an der aus seiner Sicht wenig experimentierfreudigen Haltung der Verwaltung.

Am Ende bekräftigt Frau Krause die Bedeutung einer Fortführung im Jahr 2026, um das Thema sichtbar zu halten. Sie fordert eine längere Dauer und einen geringeren organisatorischen Aufwand und sichert die Unterstützung des Stadtbezirksrats zu.